

# Freiheit im Widerspruch

## Komplizenschaft als Problem



Dr. Norbert Sievers,  
wissenschaftlicher  
Berater des Instituts für  
Kulturpolitik und des Gf.  
Vorstands der KuPoGe

In ihrem Selbstverständnis war die bundesrepublikanische Kulturpolitik stets davon überzeugt, das gesellschaftlich Gute zu repräsentieren. Die Pflege des kulturellen Erbes, die aufklärende Erinnerungspolitik, vor allem aber die Förderung der freien Künste bildeten von jeher das Legitimationskapital, auf das sie mehr oder weniger bauen konnte. Mit der Neuen Kulturpolitik in den 1970er Jahren, die sich dem damaligen neuen postmateriellen Werten (Authentizität, Autonomie, Individualität, Kreativität, etc.) öffnete und die kulturelle Teilhabe ins Zentrum rückte, gewann dieses Kapital umso mehr an Überzeugungskraft, weil es das fortschrittliche »Neue« der Spätmoderne aufnahm. »Kultur für alle und von allen« – wer sollte der Plausibilität dieser Formel ernsthaft widersprechen. Trotz aller kritischen Selbstbefragung, die von jeher ein Anspruch der Neuen Kulturpolitik war, bestand eine unverbrüchliche Übereinkunft in der Frage, dass Kulturpolitik gut und nützlich ist. Aber es gab immer wieder auch kritische Stimmen, die den »Rechtfertigungskonsens« und die »Marginalitätsromantik« der Kulturpolitik in Frage stellten. So betonte Gerhard Schulze, dem diese Begriffe zu verdanken sind, bereits vor fast drei Jahrzehnten, Kulturpolitik verdiene aufgrund ihrer gewachsenen Bedeutung »dieselbe kritische Distanz wie jeder andere Versuch, in das Alltagsleben oder in die Natur einzugreifen.« (Schulze 1992/2000: 496) Das war schon damals eine verstörende Ansage.

Es ist nötig, gerade in Corona-Zeiten, gerade angesichts des Klimawandels an diese Mahnung zu erinnern und unbequeme Fragen zu stellen. Gegenwärtig ist es vor allem der Begriff der »Komplizenschaft«, der den diskursiven Konsens irritiert. Oliver Nachtwey versteht darunter eine Fähigkeit des Neoliberalismus, der wohl nicht das Programm, aber den zeitlichen Kontext der Neuen Kulturpolitik in den 1990er und 2000er Jahren prägte, »die Menschen als Subjekte in den (gesellschaftlichen, d.V.) Wandel zu verstricken, sie zu Komplizen zu machen.« (Nachtwey 2016: 79) Das links-liberale Milieu und kulturraffine Bürgertum, denen auch die Neue Kulturpolitik verbunden war und ist, ist davon offenbar nicht ausgenommen. Im Gegenteil.

Ingolfur Blühdorn greift das Stichwort der Komplizenschaft unter dem Gesichtspunkt des nicht-nachhaltigen Verhaltens auf und spricht von einer »Interessenkonvergenz (...) zwischen emanzipatorisch-libertären und privatisierungsfixierten Marktliberalen« im Kontext eines »progressiven Neoliberalismus«. (Blühdorn 2020: 48) Das Verbindende ist dabei weniger ökonomisch definiert als kulturell geprägt, weil – so Blühdorn – gerade als »besonders fortschrittlich geltende, gut gebildete, flexible, technologie- und mobilitätsaffine, kosmopolitisch orientierte« Milieus, aus denen sich auch die aktiven Kulturnutzer\*innen rekrutieren dürften, nichtnachhaltige Lebensstile entwickelt hätten,

»die (...) als rechtmäßige und unverhandelbare Freiheit der Persönlichkeit betrachtet und verteidigt werden.« (Blühdorn 2020: 109) Als Grundlage dafür erkennt er ein Berechtigungsbewusstsein in dieser Klasse, das es erlaubt, sich zumindest im Urlaub die ganze Welt zum Ressourcenpool zu machen: »zum Kite-Surfen nach Thailand oder Kalifornien, zum Schüler\*innenaustausch nach Israel, zum Joga-Retreat nach Bali, Weltreise nach dem Abitur beziehungsweise im Gap Year vor dem Masterstudium – all das sind die must have experiences, die für fortschrittliche Menschen unbedingt dazugehören.« (ebenda: 110) Diese Beschreibung ist sicher eine Zuspitzung und vielleicht sogar eine Karikatur. Aber wer hätte nicht genügend Beispiele aus dem eigenen Umfeld dafür, wo sie den Nagel auf den Kopf treffen und für die Rede von der »imperialen Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) einen nachvollziehbaren Erfahrungshintergrund liefern. Doch diese Haltung und das ihr zugrundeliegende konsumorientierte Autonomie- und Freiheitsverständnis geraten in die Kritik.

»Wir wollen eure Geschenke nicht, eure Pauschalreisen und Hobbys, eure ganze grenzenlose Freiheit.« (zit. n. Rühle 2019: 14) Greta Thunberg, die Ikone der Fridays-for-Future-Bewegung, ist nicht zurückhaltend mit klaren Hauptsätzen und traf – vor Corona – damit auf einen Nerv. Sie erfuhr auf ihre Reden und ihr Handeln – unterstützt durch die digitalen Medien – eine ungeheurere Resonanz und sprach Dinge aus, die in Inhalt und Form für die Eliten und Regierenden der Welt und für ›normale‹ Menschen höchst irritierend waren, auch für die Kulturpolitik, gerade für konsumverwöhnte Zeitgenoss\*innen. Ihre Ansagen und ihre Diktion hatten nichts Postmodernes mehr. Es ging darin nicht um Entgrenzung, Verflüssigung, fluide Hybridität oder um die Frage, ob wir uns jeden Tag neu erfinden sollten. Der Konjunktiv und der Optativ fehlten in ihrer ›binären‹ Sprache. Es ging ihr um nichts weniger als um ein Menschheitsproblem, ja um ein globales Überlebensproblem, das Individualitäts- und Autonomiefragen, sofern sie konsumistisch interpretiert und gelebt werden, einen anderen Rang zuwies, einen geringeren. Dies scheint der Punkt vieler gegenwärtiger Debatten um das Thema Freiheit zu sein, an dem sich viele grundsätzliche Fragen anschließen.

Wir wissen alle: Es gibt mit Blick auf die Zukunft gegenwärtig viele Gründe, besorgt und skeptisch zu sein, nicht zuletzt wegen der Klimakrise und wegen der aktuellen und zukünftigen Pandemien. Was geschieht mit dem Freiheits- und Fortschrittsbegriff der Moderne im Allgemeinen und unserer liberalen Demokratie im Besonderen angesichts der multiplen Krisen, die gegenwärtig zu konstatierten sind? Müssen wir uns, was Werner Kinds Müller zu bedenken gibt, »zu einem Post-Anthropozän aufmachen, wenn wir die Möglichkeiten für zivilisierte Lebensbedingungen für die Vielen nicht verspielen wollen« und dabei Abschied nehmen von der

Vorstellung, »wir Menschen seien autonom, d.h. frei von natürlichen Bedingungen und Grenzen«? Brauchen wir eine »praktische Kritik der Moderne und ihrer zentralen Kategorien – Freiheit, Fortschritt und Emanzipation«? (Kinds Müller 2019:51) Stehen wir tatsächlich vor dieser Frage? Sollten wir über Begrenzung von Freiheit reden – zum Schutz der Demokratie und als Bedingung für ein menschenwürdiges Überleben aller, wie Ingolfur Blühdorn es fordert? (Blühdorn 2020: 114) Was kommt da in Bewegung? Was bleibt auf der Strecke? Selten zuvor waren diese Fragen so drängend und so schwer zu beantworten.

Aus klimapolitischer Perspektive ist Ingolfur Blühdorn der Auffassung, dass die wohlfahrtsstaatliche liberale Demokratie weder nachhaltig noch haltbar ist, weil sie die dafür notwendigen natürlichen und ideellen Voraussetzungen und Ressourcen in immer schnellerem Tempo aufzehre. Für ihn ist dabei vor allem das Subjektivitäts-, Autonomie- und Freiheitsverständnis, das für moderne Gesellschaften und deren tragende Schichten seit der Aufklärung konstitutiv ist, respektive dessen Veränderung, ein Kern der Überlegungen. Wurden diese Begriffe als normative Grundlagen der Demokratie von Kant bis zur politischen Ökologie der 1980er Jahre als durch Maß und Verantwortung begrenzt gedacht, seien sie im Zuge einer »Emanzipation zweiter Ordnung« mit tätiger Unterstützung progressiv-emanzipatorischer Bewegungen entgrenzt worden, »freilich stets in der Ansicht und Absicht, damit das Eigentliche, das Authentische, das Wahre, das bisher Vorenthaltene, Entfremdete freizusetzen.« (Blühdorn 2019) Und er ergänzt, das berühmte Diktum Emanuel Kants zitierend: »Und so verlängerte sich der projektierte Auszug aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit übergangslos in den Auszug aus der Verpflichtung zur Mündigkeit.« Damit werde aber »genau das zum Totengräber der Demokratie, was ursprünglich ihr Geburtshelfer war: die ihrem Inhalt nach keineswegs auf das bürgerliche Vernunftsubjekt festgelegte, sondern immer offene Idee des autonomen Subjekts.« (Blühdorn 2020: 305) Und dies mit der Folge, ließe sich ergänzen, dass die Demokratie, respektive die sie antreibenden Autonomieansprüche, »ökologisch nicht unschuldig ist«, weil sie immer mehr soziale und materielle Teilhabeansprüche bedient, die die natürlichen Lebensgrundlagen ruinieren und einen Freiheitsbegriff rechtfertigt, dem die »freie Fahrt für freie Bürger« genügt. (Lessenich 2020). Das ist starker Tobak und bedarf der Diskussion.

Damit sind auch kulturelle Fragen angesprochen, die im Kulturbetrieb und in der weltoffenen akademisch geprägten Mittelklasse diskutiert werden müssen, die seit den 1970er Jahren nicht zuletzt aufgrund ihres Berechtigungsbewusstseins und ihrer kulturellen Hegemonie auch die Treiber für hohe Ansprüche auf eine konsumorientierte Selbstverwirklichung waren und die Expansion des Kulturbetriebs befördert haben, zu der es

nach Auffassung der sich aufgeklärt verstehenden Kulturpolitiker\*innen nie eine vernünftige Alternative gab. Der Wachstumsanspruch war im Kulturbetrieb immer unverhandelbar und in vielen Fällen ja auch begründet. Warum sollte das aufklärerische Gute nicht auch gesteigert werden? Dies macht die Selbstbefragung für die kulturellen Akteur\*innen so irritierend, für die immer das subjektive Begehren und der individuelle Wunsch als Ausdruck persönlicher Autonomie und Freiheit im Zentrum stand. Jetzt müssen sie erkennen, dass ihr Selbstverständnis etwas von seiner emanzipatorischen und gesellschaftspolitischen Unschuld verliert, insofern es argumentativ zunehmend in den (Verwertungs-)Zusammenhang einer kapitalistischen Produktions- und Lebensweise verstrickt ist, die die Reproduktionsfähigkeit der Systeme und auf längere Sicht die Lebensgrundlagen der Menschen zu zerstören droht. Wen wundert es da, dass das Diktum von Theodor W. Adorno wieder Konjunktur hat, wonach es kein richtiges Leben im falschen gibt. Gilt das auch für die Kulturpolitik? Gibt es eine richtige Kulturpolitik auf der Basis einer ungebrochenen Wachstumslogik?

Freiheit und Autonomie sind offenbar nicht nur gegen die Feinde von Freiheit und Demokratie und gegen unbotmäßige Erwartungen des Staates zu verteidigen, was aktuell notwendig und schwer genug ist, sondern auch gegenüber der Funktionslogik des Marktes, die stets neue Optionen für verführerische Komplizenschaften und Allianzen bereithält. Kultur und Wirtschaft – das ist eben nicht derselbe Kampf, wie der Französische Kulturminister Jack Lang es Mitte der 1980er Jahre als Losung meinte ausgeben zu müssen und wie es die Kulturpolitik nur allzu gern aufgegriffen hat. Wie verhalten sich die Kulturpolitik und die kulturraffinen Milieus dazu, für die Kultur keine Grenzen hat, sondern sich gerade über den Modus der Entgrenzung definiert? Haben nicht auch sie die Vorstellung, die Welt sei ein kultureller Ressourcenpool, in dem man sich hemmungslos bedienen kann? Begründen ihre Programmformeln der kulturellen Vielfalt und Teilhabegerechtigkeit sowie einer nachfrageorientierten Kulturpolitik nicht auch einen nichtnachhaltigen Wachstumspfad, weil es eben um mehr Vielfalt und mehr Kultur für alle, also vor allem um mehr Angebote geht? Von der Hand zu weisen ist dies in der Summe nicht. Doch schon die Thematisierung dieser Frage ist in der kulturpolitischen Debatte tabu, was nicht zuletzt die Diskussion um den »Kulturinfarkt« vor etlichen Jahren gezeigt hat. Entsprechend zurückhaltend reagiert die Kulturpolitik auf Vorschläge einer reduktiven Kulturpolitik und geht vorerst auf Tauchstation, zumal Corona derzeit ohnehin andere Prioritäten auf die Agenda setzt und die Kulturpolitik sich aufgefordert sieht, mit viel Geld die alte Normalität des Kulturbetriebs wiederherzustellen. Dies ist verständlich und vielleicht sogar alternativlos, aber es ist nicht die Lösung des Problems. Kulturpolitik sollte sich deshalb schnell besinnen und über den

Zusammenhang von konsumorientierter Freiheit und der ihr inhärenten Logik des Wachstums auch im Kulturbereich neu nachdenken. Nur so wird sie in Zukunft ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht und sich aus fragwürdigen Komplizenschaften befreien können.

## Literatur

- Blühdorn, Ingolfur mit Fritz Butzlaff, Michael Deflorian, Daniel Hausknost, Mirijam Mock (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet, Bielefeld: transcript (Die Blühdorn-Zitate aus dem Jahr 2020 im Artikel kommen aus verschiedenen Aufsätzen des Autors aus dieser Publikation.)
- Blühdorn, Ingolfur (2019): Die Dialektik der Emanzipation. Kritische Soziologie in der Endlosschleife, in: Ketterer, Hanna / Becker, Karina (Hrsg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Berlin: Suhrkamp, S. 152 – 160
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München: oekom
- Kindsmüller, Werner (2019): Die Klimakrise und die Autonomie. Gedanken zu einer Neuorientierung der kulturellen Praxis, in: Kulturpolitische Mitteilungen 166 III/2019, S. 71 – 74
- Lessenich, Stephan (2020): Die Demokratie ist ökologisch nicht unschuldig, Interview mit Friederike Tappe-Hornbostel, in: Magazin 34# der Kulturstiftung des Bundes
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin: Suhrkamp
- Rühle, Axel (2019): Schubumkehr, Süddeutsche Zeitung 30. April/1. Mai 2019, S. 14
- Schulze, Gerhard (2000/1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, 8. Aufl., Frankfurt/M.: Campus ■